



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Probleme lösen sich nicht von alleine

Können wir tatsächlich angesichts eines furchtbaren Krieges in Europa, angesichts der andauernden Corona-Pandemie und der dadurch bedingten enormen Belastungen der Profession Pflege zur Allgemeinordnung übergehen? Mal schnell einen Pflegebonus für wenige beschließen, mal schnell Lockerungen der Corona-Regeln für die Allgemeinheit vornehmen und dabei gleichzeitig betonen, dass vulnerable Gruppen besonders geschützt gehören? Und dies alles angesichts schwindelerregender Höhen an Infektionen?

Doch für die Profession Pflege gelten andere Regeln, andere Maßstäbe. An die sie sich zu halten hat, aber nicht darüber bestimmen darf – bis hin zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Die Profession Pflege kennt ihre Verantwortung. Die Profession Politik hat dagegen ihre Verantwortung für die Pflege auch in dieser Legislaturperiode noch nicht gefunden.

Der Koalitionsvertrag verspricht viel. Bislang gehalten wurde nichts. Die zunächst vielversprechende Perspektive ist bereits zurückgeblieben, verblasst. Die Probleme „schlechte Arbeitsbedingungen, zu wenig Personal und vieles mehr“ scheren sich nicht darum, ob es andernorts scheinbar größere Aufgaben gibt. Ja, es sind schwierige Probleme, die harter Arbeit bedürfen. Das kann nicht ausgesessen werden. Das löst sich nicht von alleine!

Doch stattdessen geht es weiter wie immer. Jüngstes Beispiel ist die Verteilung von Fördergeldern des Bundes durch den Gemeinsamen Bundesausschuss. Ohne Beteiligung der Profession Pflege wird dabei über Projekte entschieden, die die Pflege gar nicht will – und sogar entschieden ablehnt. Doch das scheint in der Tradition der letzten Jahrzehnte egal zu sein. Ändern könnte dies die Politik schnell, schlicht und einfach. Sie muss nur endlich wollen!

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Auf den Schultern weniger

Die allgemeine Impfpflicht ist im Bundestag gescheitert. Es bleibt somit dabei: Der Profession Pflege wird aufgebürdet, was die Allgemeinheit und erst recht der Deutsche Bundestag nicht will. Die Pflege als solche wird nach wie vor zu etwas verpflichtet, was längst für die Allgemeinheit nicht mehr gilt.

Der DPR hat stets deutlich gemacht, ja, wir sind für das Impfen, für die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Aber nur dann, wenn diese der erste Schritt hin zu einer allgemeinen Impfpflicht ist. Diesen weiteren Schritt gibt es nun nicht. Das Verhalten der Politiker gegenüber den Pflegenden ist wieder einmal beschämend.

Ein Blick zurück: Mit der Entwicklung von Impfstoffen hoffte man, dass diese zum Ende der Pandemie führen. Doch die Impfquote ist nach wie vor zu gering. Diese „Impflücke“ löst bei der Versorgung vulnerabler Gruppen besondere Besorgnis aus. Forderungen nach einer Impfpflicht für Pflegenden wurden laut. Gegen eine solche solitäre Impfpflicht hat sich der DPR stets ausgesprochen.

Pflegende sind keine „Pandemietreiber“. Zudem werden ältere, kranke und pflegebedürftige Menschen von unterschiedlichen Berufsgruppen versorgt. Betont wurde von uns immer die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Unter dieser Voraussetzung haben wir der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zugestimmt. Aber alleine dadurch kann die Pandemie nicht beendet werden. Es bedarf der allgemeinen Impfpflicht unter Einbezug der Pflegenden beim Impfen. Ersteres ist gescheitert. Letzteres muss endlich umgesetzt werden.

Annemarie Fajardo
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Ukraine-Krieg muss sofort beendet werden

DPR startet Hilfsaktion



Der DPR ist gegen jede Form von Krieg, Zerstörung und Gewalt. Über vier Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, wurden aus ihrer ukrainischen Heimat vertrieben und haben in Deutschland und anderen Ländern Schutz gesucht und gefunden.

Der Deutsche Pflegerat setzt sich für Frieden ein und hat sich mit diesem Anliegen mit 130 Pflegeverbänden aus der ganzen Welt in der Kampagne #NursesForPeace des International Council of Nurses (ICN) zusammengeschlossen. Zudem unterstützt der Rat die Initiative #health4ukraine.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine sind über zwei Monate vergangen. Ein Ende des Krieges ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen nicht absehbar. Die Auswirkungen auf die Menschen in der Ukraine, auf das dortige Gesundheitssystem und die dort arbeitenden Menschen, sind verheerend.

Pflegeverbände verurteilen Angriff
Pflegeverbände auf der ganzen Welt verurteilen den kriegerischen Angriff auf

die Ukraine. „Wir sind in tiefer Sorge um die Gesundheit der Menschen in den betroffenen Kriegsgebieten und bestürzt über die damit ausgelöste humanitäre Krise. Mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Einsatz vor Ort fühlen wir uns solidarisch verbunden“, sagt der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK). „Krieg wirkt sich verheerend aus, verursacht großes Leid und Gesundheitsschäden, die viele Jahre andauern und bis in die folgenden Generationen wirken. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, alles in ihrer Macht stehende zur Beendigung des Krieges zu tun.“ Weiter fordert der DBfK, dass der Zugang zur Gesundheitsversorgung und zur humanitären Hilfe aufrechterhalten werden muss.

„Wir leben in gefährlichen und be-

ängstigenden Zeiten, wobei der Konflikt während einer verheerenden Pandemie kommt, die uns immer noch sehr beschäftigt. Die Pflegekräfte der Welt kämpfen immer noch an der ‚COVID-Front‘ und unsere Gesundheitssysteme befinden sich in einem fragilen Zustand: Das Letzte, was die Welt braucht, ist ein Krieg, der das friedliche Zusammenleben bedroht, das wir alle schätzen“, mahnt die ICN-Präsidentin Pamela Cipriano.

ICN startet Anti-Kriegs-Kampagne

Gestartet haben das International Council of Nurses (ICN), die European Federation of Nurses Associations (EFN) und das European Forum of National Nursing and Midwifery Associations (EFNNMA) eine Kampagne gegen den Krieg. Im Namen von 28 Millionen Pflegefachpersonen weltweit werden die illegale Invasion in der Ukraine und die militärischen Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung auf das Schärfste verurteilt. „Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, ein Ende aller Feindseligkeiten und die Aufnahme intensiver diplomatischer Verhandlungen zur Sicherung des Friedens“, heißt es seitens des ICN, des Deutschen Pflegerats, der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, dem Bundesverband Pflegemanagement, dem DBfK sowie insgesamt 130 weiteren Pflegeverbänden auf der ganzen Welt.

Was können Sie tun? Unterzeichnen Sie die Petition des ICN #NursesForPeace unter www.gopetition.com/petitions/nursesforpeace. Downloaden Sie die #NursesforPeace Bilder und zeigen Sie Ihre Unterstützung, indem Sie sie in den sozialen Medien teilen. Spenden Sie an den ICN-Fonds für humanitäre Hilfe oder an jede andere Spenden- und Hilfsorganisation Ihrer Wahl.

Aufruf des ICN

„Pflegefachpersonen und andere Beschäftigte des Gesundheitswesens versorgen und behandeln alle Menschen mit Pflegebedarf ohne Angst oder Bevorzugung: Sie müssen ihre Arbeit geschützt vor Drohungen und Gewalt verrichten dürfen und die Gesundheitseinrichtungen, in denen sie arbeiten, müssen vor Schaden bewahrt werden. Die internationalen Vorschriften und die Genfer Konvention zum Schutz der Gesundheitseinrichtungen und des Gesundheitspersonals müssen respektiert und durchgesetzt werden.

Die Menschen in der Ukraine müssen mit der humanitären Hilfe versorgt werden, auf die sie nach internationalen Verträgen Anspruch haben, und sie müssen leichten Zugang zu lebenswichtigen Dingen, Medikamenten und Hilfsgütern haben, die für die Behandlung aller ihrer Gesundheitsbedürfnisse, einschließlich Verletzungen oder Krankheiten, erforderlich sind. Flüchtlingen aus dem Konflikt muss das Recht auf freie Durchreise sowie medizinische Versorgung und Unterstützung auf ihrer Reise und beim Erreichen eines sicheren Ortes gewährt werden.

Die Pflegefachpersonen der Welt fordern, dass die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in der Ukraine geschützt werden. Das kann nur durch einen dauerhaften Frieden erreicht werden, denn Frieden und Gesundheit sind untrennbar miteinander verbunden.“

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Merkblatt zur Corona-Impfung

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat mit Unterstützung des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) ein neues Merkblatt mit Informationen zur Corona-Schutzimpfung speziell für Beschäftigte in Pflege- und Gesundheitsberufen herausgegeben.

deutscher-pflegerat.de

Gute Bezahlung ernst nehmen

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) mahnt die Bundesregierung davor, das Verfahren zur Entlohnung nach Tarif in der Langzeitpflege zu verwässern. Das hat der DPR in der Anhörung zum Gesetzentwurf zum Pflegebonusgesetz deutlich gemacht.

Um den Beruf langfristig attraktiver zu machen, muss die Vergütung deutlich angehoben werden. Der DPR spricht sich für ein Einstiegsgehalt von 4.000 Euro gemäß dem Comparable Worth Index aus. Damit einhergehen müsse eine Reform der Pflegeversicherung. Die Mehrkosten dürfen nicht von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen getragen werden.

deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflorgetag

Der Deutsche Pflorgetag 2022, der Kongress für die Profession Pflege in Deutschland, findet am 6. und 7. Oktober 2022 im CityCube in Berlin statt. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Zum zweiten Mal wird der DPT hybrid stattfinden. Das heißt: Der Deutsche Pflorgetag 2022 wird neben der Präsenzveranstaltung im CityCube Berlin auch vollständig im Livestream übertragen. Mehr Informationen dazu auf der Homepage.

deutscher-pflorgetag.de

DPR-Mitgliedsverbände stellen sich vor

Steckbrief BFLK e.V.



Verbandsname/Sitz	Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK e.V.), Vereinssitz ist Bonn, Geschäftsstelle in Augsburg
Gründungsjahr	1976 (e.V. seit 1978)
Aktueller Vorstand	Silke Ludowisy-Dehl (1. Vorsitzende), Rainer Kleßmann (2. Vorsitzender), Renko Janßen (Schatzmeister), Isabella Müller (Öffentlichkeitsbeauftragte), Uwe Kropp (Schriftführer), Ulrike Dogue (Beisitzerin), Elvira Lange (Beisitzerin), Rebecca Weikinnies (Beisitzerin) werden unterstützt durch: Petra Hardt (Sekretariat) und Heike Kakies (Buchhaltung)
Mitgliederstruktur und-zahl	Pflegedirektor*innen, Pflegedienstleiter*innen, Stationsleiter*innen von bzw. in psychiatrischen Einrichtungen, Leiter*innen von Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung in der Psychiatrie, Leiter*innen von Pflegeschulen an psychiatrischen Krankenhäusern Mitgliederzahl: 320
Diese Kolleg*innen vertreten unseren Verband im DPR	Silke Ludowisy-Dehl Rainer Kleßmann
Unsere wichtigsten Ziele	Vertretung des Pflegemanagements der psychiatrischen Krankenpflege in allen Berufsfragen auf Landes- und Bundesebene Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden der anderen in der Psychiatrie tätigen Berufsgruppen Zusammenarbeit mit Verbänden, die Betroffene und deren Angehörigen vertreten
Unsere drei aktuellen Schwerpunkte	Umsetzung der PPP-RL Richtlinie Umsetzung des Pflegeberufgesetzes in der Psychiatrie Gewalt in der Psychiatrie
Wir haben folgende Fach- und Expertengruppen zu bieten	PPP-RL und PEPP Netzwerk Forensische Pflege Landesverbände (in vielen Bundesländern)
Vorteil einer Mitgliedschaft	Leitende Pflegefachpersonen in der Psychiatrie bekommen Informationen, Austausch und Vernetzung zu spezifischen Belangen der psychiatrischen Pflege. Durch die gute Vernetzung der BFLK werden Kontakte zu den anderen Berufsverbänden in der Psychiatrie geboten.
Wichtigster berufspolitischer Wunsch	Die Wahrnehmung der Bedeutung der psychiatrischen Pflege für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Politik und Gesellschaft.



AUS DEN VERBÄNDEN

Vergütung und Ausbau gefordert

Eine hochschulische Pflegeausbildung und den weiteren Ausbau von Pflegestudiengängen fordert der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) in einem gemeinsamen Positionspapier mit dem Verband der Pflegedirektor*innen der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands (VPU e.V.), dem Netzwerk Pflegewissenschaft und Praxisentwicklung im VPU e.V., der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V., der Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft e.V., dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK), der European Academy of Nursing Science (EANS) und dem Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin (Fachbereich Gesundheitsfachberufe). Die Unterzeichnenden des Positionspapiers setzen sich für die Umsetzung folgender Forderungen ein:

- Vergütung der Praxiseinsätze für Pflegestudierende analog zur Pflegeausbildung,
- Refinanzierung der Praxisanleitung in den Praxiseinrichtungen,
- Aufbau eines Förderprogramms zum Auf- und Ausbau von Pflegestudiengängen/pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen neben Hochschulen und weiterer Universitätsstandorte der Pflegewissenschaft auch an allen Universitätsmedizin- und Pflegestandorten/Universitätskliniken.

deutscher-pflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Vorbereitung auf kommenden Herbst

Expert*innenrat bezieht erstmals Stellung

In diesem Monat wird der Expert*innenrat eine erste Stellungnahme veröffentlichen. Dabei geht es um Maßnahmen, die zur Vorbereitung auf eine sich wahrscheinlich zum Herbst 2022 wieder zuspitzende pandemische Situation aus pflege- und hebammenwissenschaftlicher Sicht erforderlich sind.

Obwohl pflegebedürftige und kranke Menschen sowie ihre Familien von den Folgen der COVID-19-Pandemie besonders betroffen sind, wurde die pflegewissenschaftliche Expertise in den Beiräten und Expertenräten in Deutschland bislang kaum eingebunden. Das gilt gleichermaßen auch für die Hebammenwissenschaft und ihren wichtigen Beitrag zu Gesundheit von Müttern, Kindern und Familien während der Pandemie. Damit fehlt in den bestehenden Räten und Beiräten eine wesentliche Perspektive und vorhandenes Wissen bleibt ungenutzt.

Expertenrat sichert Wissen

Um das zu ändern, hat der DPR am 10. März 2022 den „Expert*innenrat Pflegewissenschaft/ Hebammenwissenschaft und Pandemie“ einberufen. Der Rat soll dazu beitragen, eine bessere gesundheitliche Versorgung zu sichern. Denn nur mit pflege- und hebammenwissenschaftlicher Expertise wird es gelingen, die Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen und darüber hinaus Lehren für eine größere Widerstandsfähigkeit des Versorgungssystems gegenüber zukünftigen Krisen zu ziehen.

Das bisherige Pandemiemanagement krankt erkennbar daran, dass es an Fachkenntnissen zu den pflegerischen und hebammenkundlichen Versorgungssettings fehlt, mit negativen Auswirkungen für Patient*innen, Pflegebedürftige, werdende und junge Familien ebenso wie für das Personal. Gleichzeitig

fehlt es nach wie vor an systematischer Forschungsförderung, z.B. um Maßnahmen des täglichen Pandemiemanagements auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Erste Stellungnahme im Mai

Im Mai 2022 veröffentlicht der Expert*innenrat eine erste Stellungnahme. Dabei wird es um Maßnahmen gehen, die zur Vorbereitung auf eine sich wahrscheinlich zum Herbst 2022 wieder zuspitzende pandemische Situation aus pflege- und hebammenwissenschaftlicher Sicht erforderlich sind. Der Rat wird dabei auf die Krankenhausversorgung, die stationäre Langzeitpflege, die ambulante Langzeitpflege sowie die ambulante Hebammenversorgung fokussieren. Auch Ableitungen für die Forschungsförderung sollen getroffen werden. Weitere Stellungnahmen folgen.

Der Expert*innenrat besteht aus 19 Pflege-/ Hebammenwissenschaftler*innen, die zu Aspekten der Pandemie geforscht haben, etwa zu Schutzmaßnahmen für pflegebedürftige Menschen, Auswirkungen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen auf pflegebedürftige und kranke Menschen oder die Folgen für die Berufsangehörigen in der Pflege und der Hebammenkunde. Sprecher des Rats ist Prof. Dr. Thomas Fischer, MPH von der Evangelischen Hochschule Dresden. Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

deutscher-pflegerat.de